

Abstimmung vom 18.5.2003

Weniger Soldaten, einfacherer Aufbau: Armee XXI kann marschieren

Angenommen: Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Armee XXI)

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Weniger Soldaten, einfacherer Aufbau: Armee XXI kann marschieren. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 628–629.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Grundlegende Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage und die immer restriktiveren finanziellen Auflagen veranlassen den Bundesrat in den 1990er-Jahren zu einer umfassenden Neubeurteilung der Armee. Verstärkt wird der Anpassungsdruck durch die nicht nur positiven Erfahrungen mit der Konzeption «Armee 95», die unter anderem unter akutem Kadermangel leidet.

Bereits 1996 setzt der Bundesrat deshalb eine Studienkommission ein mit dem Auftrag, die sicherheitspolitischen Bedürfnisse und Prioritäten der Schweiz für die nächsten 20 bis 25 Jahre zu eruieren. Die Empfehlungen der Kommission liegen 1998 vor und werden im «sicherheitspolitischen Bericht 2000» zu einem Konzept verarbeitet. 1999 präsentiert der Bundesrat erstmals die Grundzüge der neuen Armee, deren Bestand von bisher 350 000 auf höchstens 220 000 Angehörige herabgesetzt werden soll. Dafür soll die Rekrutenschule von vier auf sechs Monate verlängert und die Möglichkeit zum Durchdienen (Dienst am Stück) eingeführt werden. Zudem sollen die Wiederholungskurse wieder im Einjahresrhythmus stattfinden. Während sich eine klare Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer grundsätzlich für die Reform ausspricht, wird von links und rechts Kritik laut. So fordert die SP eine Berufsarmee ohne Wehrpflicht und Milizsystem. Genau ein gegenteiliges Konzept haben SVP und SD vor Augen; sie streben eine Widerstandsarmee mit Milizsoldaten an und lehnen jegliche Abbaupläne kategorisch ab.

Die Auseinandersetzungen setzen sich im Parlament fort. Umstritten ist unter anderem die Einführung von sogenannten Territorial-Regionen und die Dauer der Rekrutenschule, die schliesslich auf 18 oder 21 Wochen (je nach Truppengattung) festgesetzt wird. In der Schlussabstimmung nimmt der Nationalrat die Vorlage gegen den Widerstand der SVP und trotz der Enthaltungen der SP mit 112 zu 37 Stimmen an. Der Ständerat heisst die Armee reform gar einstimmig gut. Gegen die Armee XXI ergreifen mehrere Organisationen aus dem rechtsbürgerlichen Lager (darunter die Aktivdienstler, die Schweizer Demokraten und die Interessengemeinschaft Miliz) das Referendum.

GEGENSTAND

Kernpunkte der Armee reform sind: Militär angehörige werden früher als bisher aus dem Dienst entlassen, Soldaten in der Regel mit 30 Jahren. Dadurch wird die Armee um rund ein Drittel verkleinert. Die Rekrutenschule wird verlängert, je nach Truppengattung auf 18 oder 21 Wochen. Darauf folgen 6 bzw. 7 Wiederholungskurse zu je 3 Wochen. Die Dauer des Ausbildungsdienstes wird damit reduziert. Bis 15 Prozent jedes Rekrutenjahrgangs können den gesamten Dienst von 300 Tagen am Stück leisten. Der Aufbau der Armee wird vereinfacht, indem auf Korps, Divisionen und Regimenter verzichtet wird; Grundbausteine sind neu Brigaden und Bataillone. Schliesslich werden die Kompetenzen des Parlaments erweitert, jene des Bundesrats etwas eingeschränkt.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Im Vorfeld der Abstimmung verringert sich der Widerstand von rechts-konservativer Seite, während die Linke das Thema mehr oder weniger ignoriert. Dementsprechend empfehlen die SP und die Grünen, den Stimmzettel leer einzulegen. Für ein Nein plädieren lediglich PdA, SD, EDU und FPS. Die SVP ringt sich schliesslich auf nationaler Ebene zu einem Ja durch, obwohl zahlreiche Kantonalsektionen weiterhin an der Neinparole festhalten. Der gegnerischen Kampagne fehlt allerdings der Schwung – teils aus Mangel an finanziellen Ressourcen, teils wegen der mangelnden Koordination der einzelnen Gruppierungen.

Die Gegner befürchten, dass die Armee XXI die Schweiz nicht mehr verteidigen könnte und die Neutralität untergraben werde; zudem würden mit der Änderung des Militärgesetzes Armeebelange der direkten Demokratie entzogen. Die Befürworter sehen in der Reform einen Schritt hin zu einer modernen, auf die aktuellen Bedrohungen und Gefahren ausgerichteten Armee, die das Milizsystem beibehält und gleichzeitig mit der früheren Entlassung aus dem Militärdienst den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft entgegenkommt. Zudem könnten mit der Verkleinerung des Personalbestandes die immer knapper werdenden finanziellen Mittel wirksamer eingesetzt werden.

ERGEBNIS

Am 18. Mai 2003 nimmt das Stimmvolk sowohl das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (vgl. Vorlage 496) als auch die Armee reform mit sehr klaren Mehrheiten an. 76% der Stimmenden und alle Kantone sagen Ja zur Armee XXI. Am enthusiastischsten zeigen sich die Kantone Bern, Freiburg, Waadt und Neuenburg, die die Reform mit Ja-Anteilen von über 80% gutheissen. Doch auch die als konservativ geltenden Kantone der Innerschweiz erreichen deutliche Zustimmungsraten, die in Uri und Schwyz 60% erreichen oder überbieten.

Wie aus der Nachbefragung hervorgeht, wurden die beiden Militärabstimmungen von einer grossen Mehrheit der Stimmenden als Paket angesehen. Beide Vorlagen wurden über das ganze politische Spektrum hinweg und von allen gesellschaftlichen Gruppen mehrheitlich angenommen. Selbst im rechten Lager, aus dessen Reihen sich der Widerstand gegen die Armee XXI formierte, fand sich keine Mehrheit. Die Konfliktlinie zwischen Armeebefürwortern und -gegnern, die bei vergangenen Armeeabstimmungen immer wieder sichtbar geworden war, brach am 18. Mai 2003 nicht auf. Offensichtlich war die Alternative zur Armee XXI – der Status quo der Armee 95 – weder für links noch für rechts eine ernst zu nehmende Option. Bei den Gründen des Stimmentscheids dominierten auf beiden Seiten allgemeine Äusserungen und weniger inhaltsbezogene Motive. Das Referendum über die Armee XXI wurde von den Stimmenden nicht als Entscheid über die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz angesehen; die Kontra-Argumente der Gegnerschaft, wonach die Armee XXI das Ende des Milizsystems bedeute und zu einer Anbindung an die NATO führe, fanden dementsprechend kaum Gehör.

QUELLEN

BBI 2002 858; BBI 2002 6543. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1996 bis 2003: Sicherheitspolitik – Armee – Militärorganisation. Vox Nr. 81. Bühlmann et al. 2006: 89–94.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.